

Die SVP nimmt Beat Jans unter Beschuss

Die rechte Partei wirft dem SP-Bundesrat Versagen in der Asylpolitik vor

DANIEL GERNY

Im März, nur drei Monate nach seiner Wahl, war Beat Jans schon der beliebteste Bundesrat. Zu dieser Zeit waren alle angetan vom neuen Justizminister. Er kommunizierte klug und versprach, die Dinge anzupacken. Selbst SVP-Vertreter äusserten sich positiv. Jans reiste zu den Asylzentren in der ganzen Schweiz und sprach die Probleme mit klaren, verständlichen Botschaften an. Immer wieder packte er auch weitere heisse Eisen der Schweizer Politik an. Zuletzt sorgte er vergangene Woche in der NZZ mit einem Plädoyer für ein Abkommen mit der EU für Aufsehen. Jans ist präsent, doch ist er auch aktiv genug?

«200 Tage Versagen»

Die SVP hatte den Ton gegen Jans schon in den letzten Monaten zusehends verschärft, nun greift sie ihn mit voller Kraft an. Am Dienstag organisierte sie im Kanton Freiburg eine Medienkonferenz zur Asylpolitik mit Präsident Marcel Dettling und weiteren Exponenten. Bemerkenswert daran: Schon in der Einladung nahm die SVP den Justizminister ins Visier: «Bilanz von Bundesrat Jans: 200 Tage Versagen». Denselben Titel trägt ein 36-seitiges Positionspapier der SVP zur Asylpolitik, in welchem Zitate von Jans mit den Gegenpositionen der SVP aufgelistet werden.

Eine derartige Personalisierung war bisher selbst für die SVP unüblich. Dazu beigetragen hat offenbar Jans' offensive und bei vielen Leuten erfolgreiche Kommunikationsstrategie. Die Partei will dem vom Departement gepflegten Bild des eloquenten Machertyps etwas entgegensetzen. Der Parteipräsident Dettling schimpfte, Jans schreibe offenbar lieber Zeitungskommentare, statt seine Arbeit zu erledigen. Dabei sei er der Hauptverantwortliche für das «Schlamassel» im Asylbereich, das Jahr für

Jahr schlimmer werde. Dettling sprach dabei von «Asylanten» und verwendete damit einen Begriff, der als abwertend gilt und seit Ende der 1990er Jahre kaum mehr verwendet wird.

Interessanterweise blieb die Tonalität an der Medienkonferenz sonst aber recht gemässigt. Das Positionspapier ist in unpolemischer Sprache abgefasst. Es thematisiert viele tatsächliche Probleme im Asylbereich, auch wenn die Lösungsansätze längst nicht immer überzeugen. Der neue Asylchef der SVP, der Thurgauer Nationalrat Pascal Schmid, drückt sich gewählt aus und argumentiert differenziert. Auch wenn der Ton inhaltlich nichts an der Härte der SVP-Politik ändert: Es ist kein Vergleich zu Andreas Glarner, dem früheren Asylchef der Partei, der reihenweise Leute verunglimpfte, um Aufmerksamkeit zu erhalten.

Inhaltlich stellt die SVP ihre Grenzschutzinitiative in den Mittelpunkt. Sie stellte dazu symbolhaft einen riesigen Schlagbaum mit drei Verbotstafeln auf. Die Volksinitiative, die im Mai lanciert wurde, verlangt die Einführung von systematischen Grenzkontrollen. Ausserdem sollen Personen, die über einen sicheren Drittstaat einreisen, kein Asyl mehr erhalten. Der Status der vorläufigen Aufnahme soll gestrichen werden. Die Initiative ist äusserst umstritten. Laut verschiedenen Juristen verletzt sie zwingendes Völkerrecht und könnte deshalb sogar für ungültig erklärt werden. Selbst bürgerliche Politiker sehen in der Initiative «den Anfang für ein Asylchaos».

In den kommenden Jahren wird das Volksbegehren der SVP deshalb noch zum grossen Politikum werden. Am Dienstag drehte die Partei aber auch dieses Thema ganz auf Jans. Statt die Grenze zu schützen, tue dieser genau das Gegenteil: Er öffne die Schweiz für noch mehr Asylbewerber – eine Anspie-

lung auf die kürzlich beschlossene verkürzte Frist beim Familiennachzug oder auf die Praxis, wonach Afghaninnen grundsätzlich Asyl erhalten. Und während Jans behauptete, Grenzkontrollen brächten nichts, bewiesen Deutschland und andere EU-Länder das Gegenteil. Die Schweiz dagegen habe «schlicht die Kontrolle verloren», sagte Schmid.

Ein Steilpass für die SVP

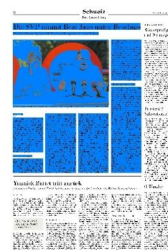
Die SVP zeigte auch, wie gnadenlos sie Kommunikationspannen des EJPD nutzt. Im Februar hatte Jans angekündigt, in allen Bundesasylzentren 24-Stunden-Verfahren durchzuführen. Die Botschaft wurde damals allgemein als Signal für eine härtere Gangart wahrgenommen. Tatsächlich wäre eine Erledigung innert Stunden aber gar nicht möglich, da allein die Beschwerdefristen mehrere Tage betragen. Bald kam heraus, dass zwar die nötigen Verfahrensschritte innert 24 Stunden eingeleitet werden, das ganze Prozedere aber durchschnittlich zwölf Tage dauert. Die vom EJPD genannten Zahlen suggerierten zudem eine übertriebene Wirkung auf die Zahl der Asylgesuche – ein Steilpass für die SVP: Die 24-Stunden-Verfahren seien «ein politisches Ablenkungsmanöver, ja ein reiner Marketing-Gag», kritisierte Schmid.

Der Zeitpunkt für den Angriff der SVP ist nicht zufällig gewählt: Erfahrungsgemäss nehmen die Asylgesuche im Spätsommer zu. Die Medienkonferenz ist deshalb auch ein Vorgeschmack darauf, was in den nächsten Monaten zu erwarten ist. Steigende Asylzahlen und ein fernsehtauglicher SP-Bundesrat, der im wichtigsten SVP-Dossier zu punkten versucht: Das verspricht politischen Zündstoff. Die Fronten werden sich in den kommenden Wochen und Monaten wohl weiter verhärten. Jans' Departement reagierte auf den Anlass auf Anfrage vorerst aber betont zurückhaltend: «Das EJPD ist

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 80'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 8
Fläche: 63'912 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 92734740
Ausschnitt Seite: 2/2

in ständigem Austausch mit Parteien
und Organisationen und berücksichtigt
deren Vorschläge bei der Erarbeitung
von Lösungen.»



Der SVP-Parteipräsident Marcel Dettling lud am Dienstag zur Pressekonferenz in Giffers (FR) ein.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE